



Die Volksinitiative will folgende Grundsätze im Berliner Schulwesen etablieren:

(Wortlaut der Volksinitiative)

Pädagogische Freiheit

Die Schulen sollen die Inhalte und Qualitätsmaßstäbe ihrer Arbeit selbständig gestalten können.

Gleichberechtigte Finanzierung

Die Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft sollen ohne Schulgeld zugänglich sein.

Selbständige Organisation

Alle Schulen, die es wollen, sollen die weitestgehende organisatorische Selbständigkeit erhalten.

Trägerin der Volksinitiative:

OMNIBUS für Direkte Demokratie, gGmbH
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
Telefon: 030 - 42 80 43 90
www.schule-in-freiheit.de

Wichtiger Hinweis: Unterschriftsberechtigt sind nur Personen, die am Tage der Unterschrift **16 Jahre** alt sind und an diesem Tag mit alleiniger Wohnung oder mit Hauptwohnung in Berlin im Melderegister verzeichnet sind. Unleserliche, unvollständige oder fehlerhafte Angaben, die die unterzeichnende Person nicht zweifelsfrei erkennen lassen, machen die Unterstützung ungültig. Das Gleiche gilt bei Eintragungen, die einen Zusatz oder Vorbehalt enthalten. Diese Unterschriftenliste und die Eintragungen dürfen nur zur Prüfung der Unterschriftsberechtigung durch das Bezirksamt verwendet werden.

Ich unterstütze die Volksinitiative

Bitte vollständig und in Druckschrift ausfüllen!

Familienname		Vorname(n)		Geburtsdatum		gültig*	ungültig*
Straße, Nr.		Postleitzahl	Tag der Unterschrift	Unterschrift			
		Berlin					

Familienname		Vorname(n)		Geburtsdatum		gültig*	ungültig*
Straße, Nr.		Postleitzahl	Tag der Unterschrift	Unterschrift			
		Berlin					

Familienname		Vorname(n)		Geburtsdatum		gültig*	ungültig*
Straße, Nr.		Postleitzahl	Tag der Unterschrift	Unterschrift			
		Berlin					

Familienname		Vorname(n)		Geburtsdatum		gültig*	ungültig*
Straße, Nr.		Postleitzahl	Tag der Unterschrift	Unterschrift			
		Berlin					

Familienname		Vorname(n)		Geburtsdatum		gültig*	ungültig*
Straße, Nr.		Postleitzahl	Tag der Unterschrift	Unterschrift			
		Berlin					

Amtliche Bescheinigung:

Bezirksamt _____ von Berlin - Bezirkswahlamt

Der Unterzeichner/die Unterzeichnerin Nr. ist nicht unterschriftsberechtigt, weil

Nr.	Begründung in Kurzform

* Nicht vom Unterzeichner oder von der Unterzeichnerin auszufüllen!

Dienstsiegel

Im Auftrag _____



Liebe Berlinerinnen und Berliner,
die Zivilgesellschaft ist heute reif, Schule in Freiheit zu gestalten. Bitte unterstützen Sie die Volksinitiative. Wir wollen folgende Ideen in unserem Berliner Schulwesen verwirklichen:

Pädagogische Freiheit

Die Schulen sollen die Inhalte und Qualitätsmaßstäbe ihrer Arbeit selbständig gestalten können

Schon Wilhelm von Humboldt wusste, dass die Schulen für ihre Arbeit Freiheit brauchen und forderte, dass der Staat sich aus der Pädagogik heraushalten soll. Doch statt diese Einsicht endlich zu beherzigen, bestimmen die Kultusbehörden zunehmend die Inhalte und Formen der Zwischen- und Abschlußprüfungen. Durch diese zentralistischen Vorgaben wird die pädagogische Freiheit der Schulen massiv beeinträchtigt. Die LehrerInnen und SchülerInnen werden genötigt, ein vorgegebenes Programm von Prüfungsinhalten abzuarbeiten.

Die Ermittlung von Aufgabenstellungen und die Gestaltung von Herausforderungen und Prüfungen sind elementare Bestandteile des schulischen Lebens. Sie dienen der Entwicklung von Fähigkeiten und Kreativität. Deswegen fordern wir, dass die Schulen die Möglichkeit erhalten, eigene Abschlüsse zu entwickeln. Für SchülerInnen mit solch einem alternativen Schulabschluss sollen neue Wege des Übergangs zu den jeweils weiterführenden Schulen und Hochschulen eröffnet werden.

Gleichberechtigte Finanzierung

Die Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft sollen ohne Schulgeld zugänglich sein

Das deutsche Grundgesetz garantiert allen Einwohnerinnen und Einwohnern unseres Landes, dass sie Schulen in freier Trägerschaft gründen und betreiben dürfen. Doch diese Schulen sind finanziell stark benachteiligt. In Berlin erhalten sie in den ersten Jahren überhaupt keine öffentliche Finanzierung und danach müssen sie mit weniger als zwei Drittel dessen auskommen, was die staatlichen Schulen erhalten. Deshalb müssen die Schulen in freier Trägerschaft Schulgeld erheben. Das kann sich nicht jeder leisten.

Wir wollen, dass auch die Schulen in freier Trägerschaft öffentlich und unabhängig vom Einkommen der Eltern zugänglich sind. Sie sollen kein Schulgeld erheben. Außerdem müssen sie in der Lage sein, die LehrerInnen genausogut zu bezahlen wie die staatlichen Schulen es tun. Dafür müssen sie gleichberechtigt finanziert werden, und zwar ab dem ersten Jahr. Die Schulen in freier Trägerschaft könnten z.B. pro Schüler einen ermittelten Betrag („Schülerkostensatz“) erhalten und für Schüler mit erhöhten Förderbedarfen entsprechende Zuschläge.

Selbständige Organisation

Alle Schulen, die es wollen, sollen die weitestgehende organisatorische Selbständigkeit erhalten

Die Autonomie der Schulen ist wichtig, damit diese z.B. ihre Lehrerkollegien selbst zusammenstellen können. Organisatorisch selbständige Schulen übernehmen auch die finanzielle Verantwortung. Sie entscheiden über die Verwendung der ihnen zur Verfügung stehenden Finanzen entsprechend ihres Schulkonzepts und setzen das Geld vor Ort zielgerichtet und sinnvoll ein. Doch die staatlichen Schulen haben kaum Personal- und Budgethoheit. Sie sind wenig entscheidungsbefugte Außenstellen der Senatsverwaltung.

Deswegen schlagen wir vor, dass diejenigen staatlichen Schulen, die dies wollen, den Status einer „Selbständigen Schule“ erhalten. Erfolgt der Beschluss in allen Gremien der Schule, so ist der Senat verpflichtet, für die Schule eine „rechtsfähige Körperschaft öffentlichen Rechts“ zu errichten. Für Schulen, die den Schritt in die Rechtsfähigkeit noch nicht gehen wollen, aber trotzdem selbständig pädagogische oder organisatorische Neuerungen entwickeln wollen, soll das Recht auf „Schulversuch“ gestärkt werden.

2010 haben wir bereits eine erste Berliner Volksinitiative „Schule in Freiheit“ durchgeführt. Dadurch kamen Entwicklungen in Gang, die wir jetzt weiter voranbringen wollen. Außerdem legen wir diesmal Vorschläge vor, wie unsere Forderungen praktisch umgesetzt werden können. Wenn bis Ende Oktober mind. 20.000 Menschen die Volksinitiative unterstützen, findet im Abgeordnetenhaus eine Anhörung statt. Bitte unterschreiben Sie die Volksinitiative!

Unterschriftenlisten, Infoblätter und das Papier „Umsetzungsvorschläge“ bitte hier bestellen:

Schicken Sie die Unterschriftenliste(n) bis spätestens Ende Oktober 2013 an uns zurück!

**OMNIBUS für Direkte Demokratie,
gemeinnützige GmbH
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
Tel. 030 - 42 80 43 90, berlin@omnibus.org
www.schule-in-freiheit.de**